gemeinem und für alle Gerichte als verbindlich zu erklären.

Arbeitsorganisatorisch sehr nützlich ist eine Materialsammlung, in der alle für die Planung der Arbeit wic-

tigen Informationen aus zentralen und bezirklichen Dokumenten, Hinweisen und Anforderungen, aus Beratungen, der Statistik u. a. durch den Direktor erfaßt werden.

dZaekt und Justiz iu dar ^Bundesrepublik

Dr. LUCIE FRENZEL, beauftr. Dozent am Institut für Strafrechtspflege und Kriminalitätsbekämpfung an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“

Zwei Strafrechtsreformen

Ein Vergleich zwischen dem westdeutschen und dem österreichischen StGB-Entwurf

In dieser Zeitschrift ist wiederholt nachgewiesen worden, daß der Bonner Strafrechtsreform im System der imperialistischen Expansions- und Notstandspolitik eine besondere Rolle zugeordnet ist. Notstandsverfassung wie Strafrechtsreform zielen darauf ab, den Boden für die Notstandsdictatur in Westdeutschland zu bereiten¹.

Der von der Bundesregierung bereits 1962 in den Bundestag eingebrachte Entwurf eines Strafgesetzbuchs (E 1962) wurde nach der Bundestagsdebatte am 13. Januar 1966 dem Strafrechts-Sonderausschuß des Bundestages überwiesen. Die Beratungen in diesem Ausschuß wurden unterbrochen, um zunächst beschleunigt zu einer Neufassung des politischen Strafrechts zu gelangen. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines 8. Strafrechtsänderungsgesetzes (8. StÄG) wurde in erster Lesung am 14. September 1966 im Bundestag behandelt und dann dem Strafrechts-Sonderausschuß überwiesen². Die mit der Strafrechtsreform beabsichtigte schrankenlose Ausweitung des politischen Strafrechts und die Verschärfung der staatlichen Strafgewalt haben in der westdeutschen Öffentlichkeit in zunehmendem Maße Unbehagen hervorgerufen. Ein besonders markanter Ausdruck der Kritik am Regierungsentwurf E 1962 ist der von 14 namhaften westdeutschen Strafrechtswissenschaftlern ausgearbeitete Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuchs, Allgemeiner Teil (AE 1966)³ 4.

In diesem Zusammenhang verdient eine Gegenüberstellung der grundsätzlichen Regelungen der westdeutschen Regierungsentwürfe und der neuen österreichischen Strafgesetzbuchprojekte Interesse. Dabei soll vor allem die Frage untersucht werden, ob der vom österreichischen Justizministerium im Jahre 1964 vorgelegte Entwurf für ein neues Strafgesetz¹ demokratische Alternativen für die westdeutsche Strafrechtsreform bietet. Die nachfolgende Gegenüberstellung stützt sich auf amtliche StGB-Entwürfe (E 1962 und 8. StÄG einerseits, ÖE 1964

andererseits) und ihre Begründungen sowie auf Stellungnahmen maßgeblich daran beteiligter Strafrechtspraktiker und -theoretiker. Außerdem wurden die Hinweise des Vertreters der österreichischen Arbeiter, des österreichischen Arbeiterkammertags⁵, verarbeitet. Der österreichische Arbeiterkammertag hat ein umfangreiches Gutachten zum ÖE 1964 unterbreitet, dessen Anliegen im wesentlichen darin besteht, die österreichische Verfassungsordnung stärker zu sichern, den Schutz des sozial Schwächeren in jeder Form zu gewährleisten und zur Entwicklung einer den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechenden kriminalpolitischen Konzeption beizutragen.

Die Strafrechtsreform wird in Österreich in der demokratischen Öffentlichkeit allgemein befürwortet, da das geltende Strafrecht, das aus dem Jahre 1852 stammt — es ist letztlich eine ergänzte Ausgabe des Strafgesetzbuchs aus dem Jahre 1803 — und das durch eine große Anzahl strafrechtlicher Nebengesetze und Bestimmungen in anderen Gesetzen ergänzt wurde, völlig unübersichtlich und antiquiert ist. Es wird in seiner Grundkonzeption ausschließlich von der Repressionsmaxime beherrscht. Nur durch ständige Anwendung der außerordentlichen Milderungsmöglichkeiten für Durchschnittsfälle werden die überhöhten Strafdrohungen mit den gegenwärtigen strafpolitischen Erfordernissen in Österreich einigermaßen in Übereinstimmung gebracht⁶.

Der Form nach enthalten der österreichische und der westdeutsche Strafgesetzentwurf vielfach Übereinstimmungen, weil dabei teilweise auf den gemeinsamen deutsch-österreichischen Entwurf von 1927 zurückgegriffen wurde. Auch konzeptionell bestehen Parallelen. Wenn der ÖE 1964 trotzdem bei weitem nicht auf eine so harte grundsätzliche wissenschaftliche Kritik stößt wie der westdeutsche E1962, so ist das darauf zurückzuführen, daß er mehr darauf orientiert ist, die Realitäten des gesellschaftlichen Lebens zu berücksichtigen und der Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem einzelnen eine besondere Bedeutung einzuräumen sowie den Kampf gegen die Kriminalität nicht ausschließlich durch die Strafe, sondern auch durch Einwirkung auf gesellschaftliche Vorgänge und Verhältnisse zu führen⁷.

Entsprechend dem Maßstab des Rechts unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen, die durch das Bestehen entgegengesetzter Gesellschaftssysteme und die Existenz von Massenvernichtungswaffen gekennzeichnet sind, ist bei der Analyse der westdeutschen und österreichischen Strafgesetzentwürfe davon auszugehen, ob und inwieweit die in ihnen vorgesehenen Regelungen eine Gewähr dafür bieten, daß sich die schöp-

1 Vgl. u. a. Renneberg, „Die Bonner Große Strafrechtsreform“ - ein reaktionäres Kampfprogramm des westdeutschen Imperialismus und Militarismus gegen das Volk“, NJ 1959 S. 130 ff., 169 ff.; Lekschas/Weber, „Die westdeutsche Strafrechtsreform - ein Instrument der Notstandsdictatur und der Atomkriegsvorbereitung“, NJ 1962 S. 699 ff.; Frenzel/Schwarz, „Die Verschärfung des Strafwanges im westdeutschen StGB-Entwurf“, NJ 1964 S. 604 ff.; „Eine Strafrechtsreform des Notstands“, NJ 1966 S. 176 ff.; „Bonner Strafrecht hat verständigungsfeindlichen und annexionistischen Charakter“, NJ 1966 S. 321 ff.; Lekschas/Renneberg, „Das Strafrecht der Bundesrepublik muß verändert werden, damit die Deutschen zu friedlicher Verständigung und Annäherung kommen können!“, NJ 1966 S. 391 ff.

2 Vgl. Beyer, „Der Entwurf des 8. Strafrechtsänderungsgesetzes - eine Verschärfung des politischen Strafrechts“, NJ 1966 S. 629 ff.; „Verschärfung des Bonner politischen Strafrechts“, NJ 1966 S. 673 ff.

3 Vgl. Lekschas, „Neue Wege in der Strafrechtsreform? (Bemerkungen zum Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuchs, Allgemeiner Teil)“, NJ 1967 S. 226 ff., 283 ff.

4 Entwurf eines Strafgesetzbuchs samt Erläuterungen, herausgegeben vom Bundesministerium für Justiz, Wien 1964 (im folgenden „ÖE 1964“ zitiert).

Der ÖE 1964 ist das Ergebnis fast zehnjähriger Arbeit einer Strafrechtskommission, der führende Strafrechtstheoretiker und -Praktiker angehörten. Seine Ausarbeitung erfolgte im Rahmen einer umfassenden Reform, die sich auch auf die Erneuerung der Strafprozeßordnung und die Schaffung eines Strafvollzugsgesetzes erstreckt.

5 Der österreichische Arbeiterkammertag ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die eng mit den Gewerkschaften verbunden ist. Seine Leitungen werden von den Arbeitern und Angestellten gewählt.

6 Vgl. österreichischer Arbeiterkammertag, Stellungnahmen zum Entwurf des österreichischen Strafgesetzbuchs 1964, S. 3. 7 Ebenda, S. 5.